

Klimakrise als Menschheitsaufgabe: für Klimaschutz, für Freiheit



48. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Bonn, 14. - 16. Oktober 2022

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 16.10.2022
Tagesordnungspunkt: K Klimakrise als Menschheitsaufgabe: für Klimaschutz, für Freiheit

Antragstext

1 Die Klimakrise ist jetzt. Der Sommer hat uns erneut vor Augen geführt: Wetterextreme häufen
2 sich und werden immer gefährlicher. Die Hitzewellen des Jahres 2022 hatten Regionen auf
3 allen Kontinenten wochenlang im Griff, auch hier in Deutschland hatten wir mit
4 Temperaturrekorden zu kämpfen. Symptomatisch erlebten wir beispielsweise in Brandenburg,
5 Sachsen und am Brocken in Sachsen-Anhalt gefährliche Wald- und Flächenbrände; es waren
6 Evakuierungen und Löscharbeiten notwendig, die unsere Rettungskräfte an ihre Grenzen
7 brachten. In weiten Teilen Europas wurden Flüsse zu Rinnsalen. Auch in Spanien und Italien
8 loderten verheerende Waldbrände in ungekanntem Ausmaß, während Länder wie Pakistan von
9 schier unbändigen Überschwemmungen heimgesucht wurden.

10 Die Flut im Ahrtal ist derweil erst ein Jahr her – eine Katastrophe, deren Zerstörungen wir
11 bis heute bewältigen müssen. Menschen trauern um ihre Angehörigen, noch immer sind viele
12 ohne neue dauerhafte Unterkunft und haben Angst vor neuen Starkregenereignissen.

13 Der Weltklimarat IPCC hat berechnet, dass Extremtemperaturen, die sich ohne die
14 menschengemachte Klimaerwärmung einmal pro Jahrzehnt entwickeln würden, heute fast dreimal
15 so oft passieren, länger andauern und mit bis zu 1,2 Grad deutlich heißer sind. Die Folge:
16 Gefahr für Leben und Gesundheit der Menschen und eine zunehmende Zahl von Hitzeopfern. So
17 war der Juni 2022 weltweit der drittheiße Monat seit Beginn der Aufzeichnungen, in Europa
18 sogar der zweitheiße. Bundesweit sehen sich immer mehr Kommunen gezwungen, den
19 Klimanotstand auszurufen, den auch das Europäische Parlament bereits ausgerufen hat. Auch
20 die Weltmeere erhitzen sich in einem dramatischen Tempo. Wissenschaftler*innen gehen davon
21 aus, dass erste Kipppunkte wie das Abschmelzen der Gletscher auf Grönland oder der
22 Westantarktis wahrscheinlich bereits bei einer Erderwärmung um die 1,5 Grad nicht mehr
23 aufgehalten werden können. Mit jedem Zehntelgrad Erwärmung werden die Folgen immer
24 katastrophaler. Es gilt daher, um jedes Zehntelgrad zu kämpfen.

25 Die drohende Heißezeit und der drastische Verlust biologischer Vielfalt stellen nicht weniger
26 als unsere Lebensgrundlagen in Frage und sind damit die größten Gefahren für unsere Zukunft.
27 Hitze und Dürre haben einschneidende Folgen für Mensch und Natur, für die Umwelt, für
28 Infrastruktur und Wirtschaft. Die mit der Überhitzung und mit dem gravierenden Arten-
29 Aussterben verbundenen multiplen Krisen verstärken sich gegenseitig, schränken unsere
30 Handlungsfähigkeit – und damit unsere Freiheit ein. Das zunehmend unwirtliche Klima und der
31 Verlust gesunder Natur bedrohen das Leben und die Heimat von Millionen von Menschen schon
32 heute. Das gilt umso mehr für die kommenden Generationen.

33 Mit dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vor anderthalb Jahren wurde erneut klar: Die
34 Klima-Frage ist eine Frage der Erhaltung unserer Freiheit. Ein Leben in Frieden, Freiheit
35 und Sicherheit ist in Deutschland und weltweit nur durch konsequenten Klimaschutz möglich.
36 Und: Die Menschen in den Ländern, die am wenigsten dazu beigetragen haben, leiden am
37 meisten
38 unter den Folgen der Klimakrise. Klimaschutz ist deshalb immer auch ein Beitrag zu mehr
39 globaler Gerechtigkeit.
40 Die Weltgemeinschaft hat sich mit der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung zur Rettung
41 unserer Lebengrundlagen bekannt und sich im Pariser Klimaabkommen ganz konkret darauf
42 festgelegt, die Erderhitzung auf deutlich unter 2 Grad, möglichst 1,5 Grad zu begrenzen.
43 Dafür ist es notwendig, die Klimaneutralität deutlich vor Mitte des Jahrhunderts zu
44 erreichen. Die Bundesregierung hat sich das Ziel gesetzt, Deutschland auf den 1,5-Grad-Pfad
45 zu bringen. Wir Grüne stehen dafür, die notwendigen Schritte in allen Sektoren und auf allen
46 politischen Ebenen zu gehen, damit das gelingt. Dafür wurden wir in die Verantwortung
47 gewählt. Dieser Aufgabe fühlen wir uns verpflichtet. Das ist der Grund, warum wir Politik
48 machen. Es ist die Aufgabe unserer Zeit.
49 Die Klimakrise ist eine Menschheitsaufgabe: Bündnis 90/Die Grünen stehen für einen sozial-,
50 geschlechter- und global gerechten Klimaschutz, der uns und kommenden Generationen die
51 Freiheit erhält.

51 **Das Ziel fest im Blick**

52 Die Ausgangslage könnte kaum herausfordernder sein. Der Ausstoß von Treibhausgasen wurde
53 in
54 der Vergangenheit nur unzureichend gemindert. Wichtige klimapolitische Ziele, die wir uns in
55 Deutschland und weltweit gesetzt haben, werden absehbar verfehlt werden. In den letzten
56 Jahren ist zu viel versäumt und bewusst behindert worden. Es wurden viel zu wenige und meist
57 wirkungsschwache Anstrengungen unternommen, die erneuerbaren Energien auszubauen, uns
58 von
59 fossilen Energieträgern unabhängiger zu machen, nachhaltigen Wohlstand zu schaffen und
60 konsequente Maßnahmen zum Schutz des Klimas umzusetzen. Sonst wären wir jetzt besser
61 vorbereitet auf die aktuellen Krisen. Umso größer und dringender ist der Handlungsbedarf in
62 den kommenden Jahren.
63 Gleichzeitig zwingt uns der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine –
64 mit all seinen Folgen für die Versorgungssicherheit – neue Wege zu gehen. Zum festgesetzten
65 Ziel, Deutschland klimaneutral zu machen, kommt nun hinzu, die Abhängigkeiten von
66 russischen
67 Energiequellen schnellstmöglich zu beenden und gleichzeitig die Versorgungssicherheit für
68 Verbraucher*innen und Wirtschaft, Industrie und öffentliche Einrichtungen zu gewährleisten.
69 Dafür drosseln wir schon heute den Gasverbrauch, diversifizieren unseren Energieimport und
70 bauen schwimmende LNG-Anlandepunkte, für die wir jedoch keine Langzeitverträge ohne 1,5-
71 Grad-Perspektive abschließen. Feste reine LNG-Terminals brauchen wir nicht. Wir streben daher
72 für alle Standorte an, dass von Beginn an auch Wasserstoffderivate, wie z.B. grüner
73 Ammoniak, genutzt werden können. So vermeiden wir einen teuren fossilen Lock-In. Grüner
74 Wasserstoff ist extrem energiewaufwendig und wird immer ein kostbares Gut bleiben. Die

72 Verwendung von grünem Wasserstoff muss daher auf die Bereiche konzentriert werden, in
73 denen
74 es noch keine guten Alternativen dazu gibt, wie etwa in der Industrie. Für den Notfall
75 bleiben zudem Kohlekraftwerke etwas länger in der Reserve. Vor allem aber vervielfachen wir
76 das Tempo beim Ausbau der erneuerbaren Energien. Unser Ziel ist, 100 Prozent erneuerbare
77 Energien bis 2035 zu erreichen. Um die Energieversorgung in Deutschland komplett darauf
78 umzustellen, intensivieren wir die Effizienzmaßnahmen und reduzieren unseren Verbrauch durch
79 Energieeinsparungen. So ermöglichen wir das nötige, noch schnellere Ende von russischen
80 Gasimporten und fossilen Energieimporten insgesamt. Öl-, Kohle-, Erdgas- und Urangewinnung
81 beruhen weltweit auf Ausbeutung und Vertreibung. Aus dieser fatalen Logik wollen wir so
82 schnell wie möglich aussteigen. Unkonventionelles Fracking gefährdet die Umwelt. Außerdem
83 würde es Jahre dauern solche Vorkommen in Deutschland zu erschließen, es würde also in der
84 aktuellen Situation und auf absehbare Zeit gar nicht weiterhelfen. Es bleibt in Deutschland
85 verboten.

86 Gerade weil wir jetzt schwierige Schritte gehen müssen, ist es so wichtig, dass wir
87 schneller werden beim Ausbau der Erneuerbaren. Das Tempo der Emissionsminderungen muss
88 sich
89 gegenüber dem Status quo in den kommenden Jahren insgesamt mehr als verdoppeln und dann
90 bis
91 2030 nahezu verdreifachen, damit wir die Ziele im Bundesklimaschutzgesetz erreichen.

92 Durch eine fehlgeleitete Energiepolitik im vergangenen Jahrzehnt ist die sichere
93 Energieversorgung in Deutschland gegenwärtig eine der größten Herausforderungen. Eine
94 zentrale Ursache liegt in der fundamentalen Abhängigkeit von Russlands fossilen
95 Energieträgern, für welche die vorangegangenen Regierungen die Verantwortung tragen. Die
96 energiepolitische Abhängigkeit von Russland schwächt Deutschland und Europa, mindert unsere
97 Freiheit, unsere Unabhängigkeit und senkt unsere Fähigkeit, nachhaltig, also im Einklang mit
98 den planetaren Grenzen und der Freiheit zukünftiger Generationen zu wirtschaften. Die
99 konsequente politische Schlussfolgerung daraus ist der beschleunigte Ausstieg aus der Kohle
100 bereits im Jahr 2030 und eine Stromversorgung, die 2035 auf 100 Prozent Erneuerbaren
101 basiert. Die heutige Situation zeigt uns, dass wie beim Kohleausstieg auch ein endgültiger
102 Abschied von fossilem Erdgas im Einklang mit unseren Klimazielen notwendig ist. Das ist
103 nicht nur von zentraler Bedeutung für das Klima und die Frage der Energieunabhängigkeit,
104 sondern auch, um den Anstieg der Energiekosten zu bremsen.

105 Mit der kürzlich geschlossenen Vereinbarung wird für das Rheinische Braunkohlerevier der
106 Kohleausstieg von 2038 auf 2030 vorgezogen - rechtssicher und entschädigungsfrei. Das ist
107 ein wichtiger Schritt, um unsere Klimaziele zu erreichen. Damit schreiben die grün-geführten
108 Wirtschaftsministerien in Land und Bund das Schlusskapitel von 150 Jahren Braunkohlebergbau
109 im Rheinland. Zusätzlich zu den bereits erfolgten Tagebauverkleinerungen bleiben so weitere
110 Millionen Tonnen Kohle unter der Erde. Der Hambacher Wald wird in einem Biotopverbund
111 gesichert.

112 Diese Vereinbarung zu erreichen war ein Kraftakt, der auch durch die langjährige Arbeit der
113 Menschen und Bewegungen vor Ort ermöglicht wurde.

111 Den vielen vor dem Abbau geretteten Dörfern und Höfen – Keyenberg, Kuckum, Oberwestrich,
112 Unterwestrich und Berverath sowie die Holzweiler Höfe Eggeratherhof, Roitzerhof und Weyerhof
113 – wird eine neue selbstbestimmte Perspektive eröffnet. Dort werden nun keine Umsiedlungen
114 mehr gegen den Willen der Betroffenen vollzogen. Bitter ist, dass der Ausbau der
115 Erneuerbaren nicht vorangetrieben und der Kohleausstieg 2030 im Rheinischen Revier nicht
116 bereits in der letzten Legislatur geklärt wurde, um so noch rechtzeitig die Voraussetzungen
117 dafür zu schaffen, dass auch Lützerath erhalten bleiben kann.

118 Wir wollen weitere Einsparmöglichkeiten ausschöpfen und den Ausbau der Erneuerbaren
Energien
119 noch schneller vorantreiben, um so die Nutzung von Kohlekraftwerken überflüssig zu machen.
120 Wir setzen uns dafür ein, dass die Braunkohle wo immer möglich im Boden bleibt. Im
121 Ausstiegsfahrplan muss daher bei den Überprüfungszeitpunkten eine weitere Beschleunigung
des
122 Kohleausstiegs geprüft werden. Wir suchen weiterhin das Gespräch mit der
123 Klimagerechtigkeitsbewegung, um den Klimaschutz voranzubringen. Es wird jetzt gerade auch
124 darauf ankommen, den Kohleausstieg auch im ostdeutschen Revier auf 2030 vorzuziehen.

125 **Mit Plan und Pragmatismus zum Ziel**

126 Wir konnten in den ersten Monaten der Ampel-Regierung schon vieles auf den Weg bringen. Wir
127 haben im Bund und in Europa zahlreiche Blockaden gelöst und Deutschland zum Motor in
Sachen
128 erneuerbarer Energieerzeugung gemacht. Das beschlossene Gesetzespaket zur Novelle des
129 Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) und des Bundesnaturschutzgesetzes, das Wind-auf-See-
130 Gesetz und das Wind-an-Land-Gesetz werden den Ausbau der erneuerbaren Energien unter
Wahrung
131 hoher ökologischer Schutzstandards endlich wieder deutlich beschleunigen. Begleitend werden
132 wir mit nationalen Artenhilfsprogrammen alles Notwendige tun, um betroffene Bestände in
133 einen guten Erhaltungszustand zu bringen.

134 Die Bedingungen für den Bau neuer Windkraftanlagen, für mehr Solar auf den Dächern und für
135 mehr Bürger*innenenergieprojekte wurden massiv verbessert. Zwei Prozent der Landesfläche
136 sollen künftig für Windenergie genutzt werden und Ökostrom-Anlagen bekommen gegenüber
137 anderen Nutzungsformen eine deutlich höhere Priorität. Dazu wurde im EEG festgeschrieben,
138 dass Erneuerbare von überragendem öffentlichem Interesse und auch im Interesse der
139 öffentlichen Sicherheit sind. Damit werden Genehmigungsverfahren deutlich beschleunigt.
140 Jetzt gilt es, diese neuen Möglichkeiten konsequent vor Ort und in den Ländern umzusetzen.

141 Auf europäischer Ebene haben wir die Weichen für mehr Klimaschutz im Verkehr gestellt. Wir
142 haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass für neu zugelassene Pkw der fossile
143 Verbrennungsmotor ab dem Jahr 2035 der Vergangenheit angehört. Denn insbesondere im
Verkehr
144 gibt es aufgrund von jahrzehntelangem Stillstand enormen Nachholbedarf.

145 Deutschland soll bereits 2030 80 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energien erzeugen – und
146 im gleichen Maße unabhängig von fossilen Importen werden. Gleichzeitig schließen wir endlich
147 die Lücke zwischen Notwendigkeit und Realität: Wären wir bereits heute so weit, wie es
148 klimapolitisch notwendig wäre, wären wir bedeutend weniger abhängig von Putins Öl und Gas.

149 Wir Grüne gehen diesen gesetzten Auftrag mit Mut, Kooperationswillen und
150 Verantwortungsbewusstsein an. Als Teil der Bundesregierung und als Partei, die dem
151 Gemeinwohl verpflichtet ist – und Verantwortung für die ganze Gesellschaft übernimmt, Wir
152 müssen die Klimaziele erreichen, um die Freiheit und Würde der Menschen zu bewahren.

153 Wir haben im Koalitionsvertrag erreicht, dass die Bundesregierung noch in diesem Jahr ein
154 Klimaschutz-Sofortprogramm auf den Weg bringt, das alle für das Erreichen der Klimaziele
155 2030 notwendigen Gesetze, Verordnungen und Maßnahmen umfasst. Gerade angesichts der
156 sich
157 immer weiter verschärfenden Klimakrise muss die Bundesregierung dieses Programm nun
158 unverzüglich vorlegen; alle Bundesministerien und Koalitionspartner sind aufgefordert,
159 konstruktiv und ohne Scheuklappen die notwendigen Maßnahmen auf den Weg zu bringen.

159 Zudem sollten, wie im Koalitionsvertrag verabredet, die einzelnen Sektoren ihrer
160 Verantwortung gerecht werden. Denn mit diesen Maßnahmen setzen wir das klare Signal, dass
161 wir die Klimaziele in allen Sektoren erreichen müssen. Paris-konforme Klimaneutralität lässt
162 sich nur erreichen, wenn die Emissionen in allen Sektoren schnell beendet werden.

163 Gerade wegen des Krieges gegen die Ukraine und der immer stärker wahrnehmbaren Folgen
164 der
165 Klimakrise mögen manche zweifeln, ob all das zu erreichen ist. Schon wieder sagen manche,
166 dass es jetzt Wichtigeres gebe. Aber genau diese Haltung hat uns an den Punkt gebracht, an
167 dem wir jetzt stehen. Die Klimakrise wartet nicht. Ob sie zur Klimakatastrophe wird oder
168 nicht, entscheiden wir, hier und heute. Wir entscheiden es unter schwierigen Bedingungen,
169 aber mit aller Entschlossenheit. Es ist nicht unsere Aufgabe, den Kopf in den Sand zu
170 stecken. Vielmehr ist es unsere Verantwortung, unsere Pflicht, zielgerichtet, pragmatisch
171 und ohne Tabus, beherzt und konsequent das zu tun, was nötig ist, um uns alle vor der
172 Klimakatastrophe zu bewahren. Dafür arbeiten wir.

172 Doch das schaffen wir nicht allein, auch nicht als Regierungspartei. Wir brauchen dafür
173 nicht nur die Unterstützung unserer Koalitionspartner, unserer internationalen Partner*innen
174 und unserer Partner*innen in Wirtschaft, Industrie, Landwirtschaft, in Ländern und Kommunen,
175 sondern auch den Druck der Zivilgesellschaft, der Bewegungen und Verbände, die uns immer
176 wieder daran erinnern, was noch mehr nötig und möglich wäre. Und wir brauchen das Vertrauen

177 und die Mithilfe der Menschen in diesem Land. Die Menschheitskrise Erderhitzung betrifft uns
178 alle, und nur gemeinsam können wir sie in den Griff bekommen.

179 **Mit Erneuerbaren raus aus Energiepreisspirale und Klimakrise**

180 Die Energiewende – und damit die 100-prozentige Versorgung aus Ökostrom – ist der Garant für
181 bezahlbare Energiepreise für alle, für Energiesicherheit und damit gegen viele Bedrohungen
182 der multiplen Krisen unserer Zeit. Deshalb setzen wir uns mit aller Kraft für die weitere
183 Beschleunigung des Ausbaus der Erneuerbaren und ihrer effektiven Systemintegration ein.

184 So wollen wir den Ausbau der Photovoltaik auf 25 Gigawatt (GW) pro Jahr steigern und die
185 Windkraft an Land auf 15 GW pro Jahr bis zum Jahr 2025. Wind auf See wollen wir bis 2035 auf
186 60 GW ausbauen und zusätzlich 25 GW durch unseren Anteil an europäischen
187 Gemeinschaftsprojekten.

188 Um Wind und Sonne effizient zu nutzen, beschleunigen wir den Einstieg in ein
189 sektorübergreifendes Energiemarktdesign, zusammen mit der europäisch integrierten
190 dezentralen Planung von Strom-, Wärme und Wasserstoffnetzen. Wir brauchen ergänzend und
191 netzstabilisierend regional differenzierte Märkte.

192 Wir wollen die strategische Einbindung der energieintensiven Industrien zur Dynamisierung
193 der Transformation und den gezielten Aufbau einer krisensicheren europäischen erneuerbaren
194 Energieindustrie über die gesamte Wertschöpfungskette für Photovoltaik, Windenergieanlagen,
195 Wärmepumpen, Elektrolyseure und Speicher inklusive deren Vorprodukte.

196 Wir setzen einen Schwerpunkt auf den beherzten Umbau der Wärme- und Gebäudeinfrastruktur,

197 inklusive der Einführung eines Solarstandards, der die Ausbauziele sozial gerecht
198 unterstützt und des Aus- und Umbaus von Wärmenetzen, um auf Basis niedrigerer
199 Temperaturniveaus die Verteilung von erneuerbaren Energien und Abwärme effizient zu
200 ermöglichen

201 **Klimaschutz gestalten: gemeinsam, fair, gerecht**

202 Klimaschutz und die konsequente Transformation hin zu einer klimaneutralen Zukunft kann nur
203 gelingen, wenn wir sie für alle möglich machen. Wie das gehen kann, haben wir im Sommer
204 gesehen, als es mit dem 9-Euro-Ticket plötzlich für viele Menschen erschwinglich war,
205 öffentlichen Nahverkehr zu nutzen und damit auch noch Geld für andere Ausgaben zu sparen.
206 Gerade Menschen mit geringen Einkommen müssen den Mehrwert der Transformation spüren.

207 Gerade jetzt muss ein CO2-Preis mit einem sozial-gerechten Ausgleich dafür sorgen, dass
208 notwendige Entlastung finanziert und eine klimagerechte Wirtschaft gefördert werden können.
209 Zu einer solchen sozial gerechten Rückzahlung der Einnahmen aus dem CO2-Preis gehört das
210 Klimageld, das wir – wie im Koalitionsvertrag vereinbart – jetzt schnell gemeinsam mit
211 unseren Koalitionspartnern umsetzen wollen. Das Finanzministerium muss dazu bis Ende des
212 Jahres einen Mechanismus vorlegen, der schnell, pragmatisch und effizient Direktzahlungen
213 ermöglicht, die alle Bürger*innen erreichen, und der anlassbezogen auch für andere
214 Entlastungen genutzt werden kann. Dazu müssen alle beteiligten Behörden eng
215 zusammenarbeiten. Energiekostenentlastungsmaßnahmen dürfen nicht diejenigen begünstigen,
die

216 viel Energie verbrauchen und keine Unterstützung benötigen, sondern müssen sozial gezielt
217 erfolgen und Anreize zur Steigerung der Energieeffizienz bieten.

218

219 Die vom Bundeskabinett beschlossene Einrichtung eines direkten Auszahlungsweges an alle
220 Bürger*innen kommt aber bisher nicht schnell genug voran. Wir erwarten, dass
221 schnellstmöglich ein funktionierendes System eingerichtet wird. Schon heute ist die
222 leistungsfähige Infrastruktur der Familienkasse der Bundesagentur für Arbeit in der Lage,
223 sowohl viele Millionen Überweisungen pro Tag auszuführen als auch Lösungen für Menschen
ohne

224 eigenes Konto bereitzustellen. Dieser etablierte Direktauszahlungskanal könnte zusätzlich
225 kostengünstig und schnell für die Auszahlung des Klimageldes und ähnlicher
226 Entlastungszahlungen an alle Bürger*innen angepasst und genutzt werden.

227 Bei der Internalisierung externer Kosten muss die öffentliche Hand vorangehen. Ein Schatten-
228 CO2-Preis, der die generationsübergreifenden Wohlfahrtsverluste und Kosten durch

229 Klimafolgeschäden berücksichtigt, soll Entscheidungsgrundlage bei
230 Wirtschaftlichkeitsberechnungen staatlicher Investitionen werden.

231 Klimaschutz sozial gerecht umzusetzen heißt auch, dass klimagerechtes Wirtschaften und die
232 Dekarbonisierung der Industrie wettbewerbsfähig werden. Dafür braucht es grüne Leitmärkte
233 und Investitionssicherheit, zum Beispiel durch Beschaffungsquoten für klimaneutrale
234 Grundstoffe und Klimaschutzverträge, sogenannte Carbon Contracts for Difference, die den
235 Unterschied zwischen dem aktuellen CO₂-Preis und den tatsächlichen CO₂-Vermeidungskosten
236 finanzieren.

237 Damit und mit konkreten Maßnahmen zur Erreichung der Sektorziele hat die Industrie die
238 Planungssicherheit, die sie braucht, um die Produktion klimaneutral umzubauen. Die
239 tiefgreifende Transformation der gesamten Industrie, speziell der Grundstoffindustrie und
240 aller energieintensiven Branchen, nutzen wir als Innovationstreiber für nachhaltige
241 Technologien und für den Ausbau einer Kreislaufwirtschaft, die auf erneuerbaren Energien
242 basiert. Europa kann sich in großen Teilen sowohl selbst aus heimischen erneuerbaren
243 Energiequellen versorgen, als auch die dafür notwendige Technik wieder verstärkt selbst
244 produzieren. Ein resilienter europäischer erneuerbarer Industriekern sichert die
245 Energiewende ab und wir gestalten diesen sozial ausgewogen mit gut bezahlten, zukunftsfesten

246 Arbeitsplätzen. Gleichzeitig werden wir mit anderen Ländern Energiewende-Partnerschaften auf
247 Augenhöhe forcieren.

248 Niedriger Energieverbrauch und erneuerbare Energieerzeugung in Gebäuden verringern
249 finanzielle Risiken und liefern einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz und zur
250 Energiewende. Wir verbessern dazu die Rahmenbedingungen für Bürger*innen-
251 Energiegemeinschaften und Eigeninitiative wie bei Balkonsolaranlagen, entbürokratisieren den
252 Mieterstrom und stärken kommunale Beteiligung. Wir setzen uns für eine klimagerechte
253 Neubauoffensive ein. Deshalb wollen wir die Anhebung der linearen Abschreibung für den Bau
254 neuer Wohnungen an wirksame energetische und nachhaltige Standards, mindestens den
255 energetischen Standard eines KfW-Effizienzhauses 40, knüpfen. Damit setzen wir Anreize für
256 einen klimagerechten Neubau und ermöglichen, dass Mieter*innen und Hausbauer*innen durch
257 die
258 besseren Energiestandards langfristig niedrigere Energiekosten haben.

258 Kommunen und Landkreise werden wir bei Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen der
Klimakrise
259 und zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit gegen extreme Wetterereignisse unterstützen. Wir
260 fördern Initiativen sowohl zur Dach- und Fassadenbegrünung als auch zur Entsiegelung von
261 Flächen, um den Wasserhaushalt besser zu regulieren. Ein gesundes Wohnumfeld und der
Schutz
262 der Bevölkerung in Katastrophenlagen hat für uns oberste Priorität und muss gewährleistet
263 werden.

264 **Energiemarkt, Netzausbau und Arbeitsmarkt: Erneuerbare im Mittelpunkt**

265 Um 100 Prozent erneuerbare Energien bis 2035 zu erreichen, brauchen wir ein
266 sektorübergreifendes Energiemarktdesign. Zugleich steigt für die nötige Sektorenkopplung die
267 Notwendigkeit eines stabilen, leistungsfähigen Stromnetzes weiter an.

268 Daher werden wir den Plan für den Ausbau der Übertragungsnetze kontinuierlich an neue
269 Herausforderungen anpassen und mit dem Rück- und Umbau des Gasnetzes sowie dem Aufbau
eines
270 grünen Wasserstoffnetzes koordinieren. Gemeinsam mit den Betroffenen werden wir die
Prozesse
271 so intensivieren, dass kürzere Verfahren zu einer besseren Planung und Beteiligung der
272 Menschen vor Ort führen. Die Netzentgelte werden wir so reformieren, dass sie die
273 Transformation zur Klimaneutralität fördern und die Kosten des Ausbaus der erneuerbaren
274 Energien fair verteilen.

275 Beim Ausbau des Verteilnetzes wird eine vorausschauende Planung zur Pflicht und eng an den
276 Ausbau von E-Mobilität, Wärmepumpen und Erneuerbaren gekoppelt. Netzanschlüsse werden
277 schneller gebaut und digitalisiert. Flexible Strom- und Wärmespeicher in Dörfern und
278 Quartieren sichern die Versorgung und minimieren den notwendigen Netzausbau. Schließlich
279 wollen wir Stromspitzen kostengünstig über Power-to-Heat-Technik zur Wärmeerzeugung und zur

280 Umwandlung in andere Energieträger einsetzen.

281 Eine auf 100 Prozent Erneuerbaren basierende Energieversorgung funktioniert nur europäisch.
282 Das über ganz Europa die Sonne nicht scheint und der Wind nicht weht, das kommt selten vor.
283 Daher müssen wir die europäischen Netze stärken und die Erneuerbaren in ganz Europa zum
284 Standard machen.

285 Ein passgenaues und damit sektorenübergreifendes Energiemarktdesign, das die ganze
286 Akteursvielfalt im Blick hat, ist das Herzstück eines vollständig auf Erneuerbaren
287 basierenden Energiesystems. Die Verwerfungen in der aktuellen Krise zeigen einmal mehr, dass

288 hier dringender Handlungsbedarf besteht, den wir zusammen mit Wissenschaft und Wirtschaft
289 adressieren.

290 Von den letzten Bundesregierungen wurde eine unübersichtliche Bürokratie aufgebaut, die den
291 Ausbau der Erneuerbaren ausbremste. Diese bauen wir systematisch ab. Insbesondere
292 Privatleute und Bürger*innenenergie-Gemeinschaften befreien wir von den Fallstricken
293 unkalkulierbarer Ausschreibungen und Anmeldeprozessen. Das auf europäischer Ebene
294 verankerte Recht auf Energy Sharing, also die gemeinsame Nutzung Erneuerbarer Energien
durch
295 Energiebürger*innen und -gemeinschaften, werden wir schnellstmöglich auch in Deutschland
296 ermöglichen. So wollen wir die gesetzlichen Grundlagen schaffen, dass Agri-PV-Anlagen
297 möglichst unbürokratisch auch in Landschaftsschutzgebieten unter Berücksichtigung von
298 ökologischen Aspekten errichtet werden dürfen. Und wir setzen uns dafür ein, dass die
299 Voraussetzungen für "Kleinstanlagen" bis 1 kW installierter Leistung erheblich vereinfacht
300 und besser unterstützt werden. Die Erneuerbaren machen wir damit zum Gewinnerthema auf
dem
301 Land und in der Stadt. Kommunen werden bei Windkraft stärker beteiligt und die Menschen vor
302 Ort können sich zu fairen Bedingungen bei Solarprojekten engagieren. Auch der Allgemeinheit
303 vor Ort sollen die Einnahmen aus den Erneuerbaren zugute kommen durch Investitionen in
304 nachhaltige Infrastruktur wie Kindergärten und Radwege, damit auch insbesondere Menschen
mit
305 geringem Einkommen profitieren. Das schafft Akzeptanz.

306 Auch zum Stromnetz, dem Rückgrat der Sektorenkopplung, wollen wir einen fairen Zugang für
307 alle. Die Stromleitungen brauchen eine effiziente Auslastung, um die Kosten gering zu
308 halten. Wir binden insbesondere die energieintensive Industrie strategisch in die
309 Beschleunigung der Transformation ein. Durch die Flexibilisierung des Verbrauchs und der
310 Eigenstromerzeugung kann die notwendige gesicherte Leistung schnell signifikant gesenkt
311 werden. Alle Vorgaben richten wir dazu entsprechend neu aus, insbesondere die
312 Netzentgeldbefreiungen der sogenannten 7.000h Regel. Die Landwirtschaft wird dazu mit einer
313 weiteren Öffnung für Freiflächenanlagen, Agri-PV und flexiblen Biogasanlagen noch stärker
314 Teil der Energiewirtschaft, der Verkehr zum flächendeckenden Großabnehmer – und über
315 Rückeinspeisung zum wichtigen Stabilisator unserer Netze. Gebäudewirtschaft liefert
316 Solarstrom vom Dach und heizt mit Wärmepumpen.

317 Die Energiewende schafft hunderttausende Arbeitsplätze, sie benötigt aber auch viele neue
318 Fachkräfte in kurzer Zeit. Damit das gelingen kann, wollen wir eine gezielte
319 Qualifizierungs- und Ausbildungsinitiative starten, das Handwerk in allen Stufen des
320 Bildungs- und Ausbildungssystems attraktiver machen, und Geflüchteten und Migrant*innen die

321 Integration in den Arbeitsmarkt erleichtern.

322 **Wärmewende: effizient und erneuerbar**

323 40 Prozent der Klimagase werden in Deutschland durch Gebäude ausgestoßen. Wir legen
324 deshalb
325 einen Schwerpunkt auf ökologisches Heizen, Bauen und vor allem Sanieren. Nur so können wir
326 es schaffen, die kumulierte Lücke von 152 Millionen Tonnen CO₂ zu den Klimazielen der
327 Bundesregierung bis 2030 im Gebäudebereich zu schließen.

328 Es ist deshalb klima-, energie- und sicherheitspolitisch nicht haltbar, dass die Gasheizung
329 die vorherrschende Wärmetechnik bleibt, mit einem Marktanteil von aktuell über 70 Prozent.
330 Und sie entwickelt sich auch für die Verbraucher*innen immer mehr zur Kostenfalle. Heizen
331 muss zügig klimaneutral werden. Deshalb haben wir die Förderung von Gasheizungen
332 eingestellt

333 und streben das Ende von Neuzulassungen in Neubauten an; ab 2024 gilt eine Mindestquote
334 von

335 65 Prozent Erneuerbaren für neue Heizungen. Wie im Koalitionsvertrag vereinbart, soll die
336 Wärmeenergie in Deutschland bis 2030 mindestens zur Hälfte erneuerbar erzeugt werden.

337 Dazu brauchen wir alle erneuerbaren Technologien. Wir unterstützen deshalb die EU-Strategie,
338 die jährliche Wärmeerzeugung aus Solarthermie bis 2030 zu verdreifachen und wollen deshalb
339 eine Regelung schaffen, die den Beitrag von solarthermischen Kollektoren zur 65%-
340 Mindestquote praxisgerecht regelt.

341 Die gesetzlichen Mindesteffizienzstandards im Neubau und Bestand werden wir mit der Reform
342 des Gebäudeenergiegesetzes anheben und auf den Klimaschutzpfad bringen. Erneuerbare
343 Energie

344 für Wärme und Kühlung soll schnell das neue Normal werden. Perspektivisch wollen wir jedes
345 neue und möglichst viele sanierte Gebäude, beispielsweise in Quartiersbetrachtungen, zu
346 Plusenergiehäusern machen. Denn auch erneuerbare Energien müssen wir effizient einsetzen.

347 Wir können die Klimaziele nur mit konsequent ressourcenschonendem und nachhaltigem Bauen
348 erreichen. Bei jeder Planung sollte ab sofort der gesamte Stoff- und Energieverbrauch für

345 Bau, Betrieb und späteren Rückbau berücksichtigt werden. Wir setzen uns auch hier für den
346 Einstieg in die Kreislaufwirtschaft ein, mit dem Ziel einer kompletten stofflichen Wieder-
347 oder Weiterverwertung. Damit energie- und ressourcenschonend sowie giftfrei gebaut wird,
348 braucht es eine Veränderung der ökonomischen Rahmenbedingungen, ein Gebäude-
Ressourcen-
349 Gesetz sowie verbindliche Klimaschutzstandards bei allen gesetzlichen Vorgaben, Normen und
350 Bauordnungen. Um Gebäude kreislaufgerecht planen, bauen und modernisieren zu können,
wollen
351 wir einen digitalen Gebäude-Materialpass einführen. So werden unsere Gebäude und
352 Bauschuttdeponien zu Rohstoffquellen.

353 Um die Modernisierung des Gebäudebestandes zügig und konsequent voranzubringen, setzen
wir
354 uns sowohl für eine deutliche Steigerung der bereitgestellten Fördermittel als auch für eine
355 Ausrichtung von Förderrichtlinien auf die Klimaschutzwirkung der Maßnahme, auf mehr
356 Nachhaltigkeit und auf Ressourceneffizienz ein. Hinsichtlich der verwendeten Baustoffe
357 brauchen die Programme im Sinne einer Holzbau-, Leichtbau- und Rohstoffsicherungsstrategie
358 des Bundes eine klare Ausrichtung auf mehr Nachhaltigkeit und Ressourceneffizienz.
359 Kreislaufgerechten, nachwachsenden und regionalen Baustoffen muss Vorrang gewährt werden.

360 Bauschaffende müssen durch Information, Anreize und rechtliche Rahmenbedingungen in die
Lage
361 versetzt werden, mit diesen Materialien zu arbeiten. Wir unterstützen die Entwicklung von
362 Stoffkreisläufen sowie von Alternativen zu konventionellen und weitverbreiteten Baustoffen
363 wie Beton. Zu einer gelungenen Bauwende gehört für uns auch eine Ressourcenwende.

364 Wir setzen uns für einen wirksamen Schutz von Mieter*innen bei der Wärmewende ein. Wir
365 wollen die Kosten für klimafreundliche Modernisierungen zwischen Vermieter*innen und
366 Mieter*innen – auch mittels staatlicher Unterstützung – fair aufteilen.

367 Mit der Ergänzung des Wohngeldes um das Klimawohngeld wollen wir allen ermöglichen, in
368 klimafreundlichen Wohnungen zu leben. Die Heizkostenkomponente muss dringend der
aktuellen
369 Entwicklung angepasst werden. Dazu wollen wir den Heizkostenzuschuss im Wohngeld während
der
370 Energiekrise verstetigen.

371 Aktuell bezahlen allein die Mieter*innen die Umlage des CO₂-Preises für Heizung und
372 Warmwasser. Wir begrüßen deshalb die Gesetzesinitiative für eine gerechte Neuverteilung des
373 CO₂-Preises abhängig vom Sanierungsgrad zwischen Mieter*innen und Vermieter*innen. Damit
374 wird ein wichtiger erster Schritt getan, um Vermieter*innen stärker in die Pflicht zu
375 nehmen, Wohnungen energetisch zu modernisieren und klimaneutrales und preiswertes Heizen
für
376 die Mieter*innen zu ermöglichen.

377 Für die Energieeffizienz ist es maßgeblich, bestehende Systeme zu verknüpfen. Es braucht
378 Quartierslösungen beispielsweise auf Basis von Wärmenetzen, die mit erneuerbaren Quellen wie
379 Abwärme, Geo- oder Solarthermie gespeist werden und bereitgestellte Energie vor Ort
380 speichern. Auch die Fern- und Nahwärme muss dekarbonisiert werden. Dazu wollen wir ihre

381 Förderung an klimaneutralen und gleichzeitig effizienten Lösungen ausrichten, wie an der
382 Kombination von niedrigerer Temperatur und Wärmepumpen, und dazu die Wirtschaft in die
383 Wärmesysteme einbinden. Für die Umsetzung dieser Systeme sind die Kommunen zentral. Wir
384 begrüßen daher die Initiativen der Bundesregierung, die verbundenen klimaneutralen
385 Energiesysteme über die Bundesförderung für effiziente Wärmenetze auszubauen und die
386 kommunale Planung zu stärken. Die Kommunen können so strategisch die Reduktion von
387 Verbräuchen in eigenen Wärmenetzen angehen.

388 **Nachhaltige Mobilität ist ein Schlüssel**

389 Insbesondere der Verkehrssektor ist derzeit nicht auf Kurs, um seine Klimaziele zu
390 erreichen. Die im Klimaschutzgesetz verbindlich vorgeschriebenen Klimaziele werden nach der
391 im Sommer vorgelegten Analyse des unabhängigen Expert*innenrats für Klimafragen im Sektor
392 Verkehr bis 2030 um kumuliert 261 Millionen Tonnen CO₂-Emissionen überschritten werden. Das

393 ist die Konsequenz der verfehlten Politik dreier CSU-Verkehrsminister. Umso wichtiger ist
394 es, jetzt konsequent eine neue Politik zu verfolgen. Änderungen, die die Klimaziele im
395 Verkehrssektor aufweichen, erteilen wir eine Absage. Für uns ist klar: Die Emissionen müssen,
396 wie gesetzlich festgeschrieben, im Verkehr selbst kompensiert werden. Kurzfristige Maßnahmen
397 wie die Einführung einer Klimaabgabe auf Pkw-Neuzulassungen, der soziale und klimagerechte
398 Umbau des Dienstwagenprivilegs oder ein Nachfolgemodell für das 9-Euro-Ticket sind deshalb
399 zwingend erforderlich. Wie der Expert*innenrat der Bundesregierung für Klimafragen halten
400 wir das vom Verkehrsministerium vorgelegte Klimaschutz-Sofortprogramm für völlig
401 unzureichend und erwarten, dass schnell ein Plan erarbeitet wird, wie in den nächsten Jahren
402 die entstandene Klima-Lücke im Verkehrsbereich tatsächlich geschlossen werden kann.

403 Der EU-Beschluss zum Ende des fossilen Verbrennungsmotors ab 2035 ist ein riesiger Erfolg
404 für den Klimaschutz und für grüne Umweltpolitik. Er gibt den Autoherstellern, aber auch den
405 Ladenetzbetreibern endlich Planungssicherheit. Die Dekarbonisierung der Antriebe hat damit
406 einen klaren europäischen Rahmen. Pkw werden in Zukunft batterieelektrisch fahren. Damit
407 nutzen wir die effizienteste Technologie, denn auch im Verkehr muss gelten: Auch aus
408 erneuerbaren Quellen geerntete Energie ist ein knappes Gut.

409 Das im Koalitionsvertrag verankerte Ziel von 15 Millionen vollelektrischen Pkw bis 2030
410 weist den Weg. Dazu braucht es zusätzliche fiskalische Maßnahmen wie eine Klimaabgabe für
411 Pkw-Neuzulassungen, eine deutliche Beschleunigung des Ladesäulenausbaus und eine
412 intensive
412 Zusammenarbeit mit Wirtschaft und Gewerkschaften zur Transformation der Automobilindustrie.

413 Denn für alle Betroffenen gilt: Klimaneutralität kann, richtig gestaltet,
414 Menschheitsaufgabe, Standortvorteil und Jobmotor zugleich sein.

415 Mit der Antriebswende kann die CO₂-Lücke ungefähr zur Hälfte geschlossen werden. Deshalb
416 brauchen wir zusätzlich eine deutliche Verlagerung von Verkehrsströmen. In Zukunft sollen
417 Busse und Bahnen, Carsharing sowie breite Rad- und Fußwege das Verkehrsgeschehen
418 entscheidend prägen.

419 Von maßgeblicher Bedeutung für eine funktionierende Mobilitätswende ist ein attraktives,
420 preiswertes öffentliches Angebot als Alternative zum eigenen Fahrzeug. Das 9-Euro-Ticket war

421 dabei ein großer Erfolg. Über 30 Millionen Menschen nutzten das Ticket monatlich im
422 Nahverkehr und rund 80 Prozent der Befragten haben sich für eine Fortsetzung ausgesprochen.

423 Der Erfolg des 9-Euro-Tickets zeigt, dass auch kurzfristige Maßnahmen für den ÖPNV direkte
424 Klimaerfolge bringen. Deshalb wollen wir eine möglichst zeitnahe, einfache und bundesweite
425 Folgelösung, die sich alle Menschen unabhängig von ihrem Geldbeutel leisten können. Um
426 Familien zu entlasten und die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen zu stärken, soll das
427 Folgeangebot für Kinder und Jugendliche deutlich günstiger und wenn möglich kostenfrei sein.
428 Ebenso muss es für Menschen, die Anspruch auf Sozialleistungen haben, sowie für Studierende
429 bedarfsgerechte Angebote geben. Gemeinsam mit Ländern, Kommunen und Verbänden werden
wir
430 daran arbeiten, attraktive und unbürokratische Angebote zu schaffen, mit dem Ziel einen
431 umlagefinanzierten, ticketlosen ÖPNV zu ermöglichen. Unser Ziel bleibt, dass sich die Zahl
432 der Nutzer*innen im ÖPNV bis 2030 mindestens verdoppelt. Eine Priorisierung der Mittel für
433 den Ausbau von Schienen- und Businfrastruktur ist daher dringend geboten. Neben der
434 Verkehrsvermeidung und der Förderung von Rad- und Fußverkehr ist dies das effektivste
435 Mittel, um die Mobilitätswende schnell umzusetzen. Dazu müssen wir unsere Infrastruktur
436 umbauen, um diese an unsere Klimaziele anzupassen.

437 Um die Verkehrswende zu verwirklichen, müssen wir die zur Verfügung stehenden Finanzmittel
438 umschichten und neu priorisieren. Klimaschädliche Subventionen müssen abgebaut werden.
Der
439 Koalitionsvertrag bietet eine ausreichende Grundlage, beispielsweise das Dienstwagenprivileg
440 so umzubauen, dass vorrangig effiziente Autos mit klimafreundlichen Antrieben davon
441 profitieren.

442 Insbesondere die Schiene wurde jahrzehntelang vernachlässigt. Es bedarf massiver
443 Investitionen in Erhalt, Kapazitätsausbau und Elektrifizierung. Der Deutschland-Takt als
444 Zielvorgabe für ein qualitativ hochwertiges, angebotsorientiertes System stellt für uns
445 hierfür eine gute Grundlage dar, die nun endlich durch eine angemessene Bereitstellung von
446 Finanzmitteln für Investition und Betrieb sowie für Planungskapazitäten auf den Weg gebracht
447 werden muss. Wir wollen den Flugverkehr am Ziel der Klimaneutralität ausrichten.
448 Kurzstreckenflüge wollen wir ab sofort Zug um Zug verringern und bis 2030 überflüssig
449 machen, indem wir massiv Bahnangebote – gerade Direkt- und Nachtzugverbindungen –
ausweiten
450 und für faire Wettbewerbsbedingungen zwischen den Verkehrsmitteln sorgen, die die
451 ökologischen Kosten widerspiegeln.

452 Die Erhöhung der Regionalisierungsmittel ist unabdingbar, damit die Länder die Qualität des
453 öffentlichen Nahverkehrs erhalten und verbessern können. Dies kann über den Abbau
454 umweltschädlicher Subventionen und eine ökologische Reform des Dienstwagenprivilegs
455 finanziert werden. Frei werdenden Finanzmittel können unter anderem helfen, Bus und Bahn zu
456 stärken. Die Regionalisierungsmittel für den Nahverkehr müssen im Bundeshaushalt, wie im
457 Koalitionsvertrag vereinbart, noch im Jahr 2022 erhöht werden. Andernfalls droht angesichts
458 steigender Energiepreise ein Ausdünnen und Abbestellen des Regionalverkehrs auf der Schiene.

459 Geplante Streckenreaktivierungen, die Schienenverkehr auch in weniger dicht besiedelten
460 Regionen führen würden, müssten abgesagt werden. Der Bundesverkehrswegeplan muss
dringend

461 klimagerecht überarbeitet und reformiert werden, damit zukünftige Investitionen nicht mehr
462 in den teuren Neubau von Autobahnen fließen. Dem klaren Vorrang der Schiene muss hier
463 Rechnung getragen werden.

464 Die Finanzmittel müssen in die Sanierung der Infrastruktur fließen, denn kilometerlange
465 Umleitungen produzieren ebenfalls erhebliche Mengen an Treibhausgasen. Straßenneubau
466 produziert Schadstoffemissionen in erheblichem Umfang. Die klimaschädlichen Wirkungen von
467 850 km neuen Autobahnen, der Verbreiterung von 3400 km Autobahnen und des Aus- und
Neubaus

468 von 3500 km Bundesstraßen müssen endlich berücksichtigt werden. Diese entstehen nicht nur
469 durch mehr induzierten Verkehr, sondern bereits durch die bauliche Trockenlegung von Mooren
470 und die sogenannte „Graue Energie“, die in den Baustoffen gebunden ist. Wissenschaftliche
471 Untersuchungen zeigen auf, dass die derzeitigen Ausbauplanungen mit den Klimazielen
472 unvereinbar sind. Das Bundesverkehrsministerium muss deshalb die Bedarfsplanüberprüfung
auf

473 die gesetzlichen Klimaschutzziele hin ausrichten und eine entsprechende Ausgabenprüfung
474 vornehmen. Auch der erhebliche Sanierungsbedarf muss mitbetrachtet werden.

475 Alle Maßnahmen, die von einer Neubewertung betroffen sein können, dürfen bis zum Abschluss
476 dieser Prüfung nicht weiter vorangetrieben werden.

477 Das Tempolimit auf Autobahnen bleibt für uns weiter ein schnell wirkendes und nahezu
478 kostenloses Instrument, um die Sicherheit auf den Straßen zu erhöhen und unsere Klimabilanz
479 zu verbessern.

480 **Klima schützt Natur schützt Klima**

481 Der natürliche Klimaschutz hat Klimapotentiale, die an die Umstellung auf erneuerbare
482 Energien heranreichen. Das hat auch der jüngste IPCC-Bericht bestätigt. Dieser stellt dar,
483 dass eine Kohlendioxidentnahme aus der Atmosphäre von mehreren hundert Gigatonnen
notwendig

484 sein wird und die Natur hier einen wesentlichen Beitrag leisten kann. Im Umkehrschluss droht
485 bei einer weiteren Zerstörung natürlicher Kohlenstoffspeicher die Naturzerstörung zu einem
486 erst recht nicht mehr aufzuhaltenden Beschleuniger der Klimakrise und des Artenaussterbens
487 zu werden.

488 Beide Krisen befeuern sich gegenseitig und können nur gemeinsam gelöst werden. Nur, wenn
wir

489 gesunde Natur schützen, stärken und wiederherstellen, können wir die notwendigen Klima- und
490 Biodiversitätsziele erreichen. Deshalb ist es so wichtig, dass wir in der Bundesregierung
491 mit dem Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz 4 Milliarden Euro in konkrete Maßnahmen
zum

492 Schutz, zur Stärkung und Wiederherstellung gesunder Natur investieren und die relevanten
493 Maßnahmen beschleunigen. Das ist dreifach gut angelegtes Geld: für mehr Biodiversität, für
494 mehr Klimaschutz und für mehr Klimavorsorge.

495 Gesunde Wälder und Auen, Böden und Moore, Meere und Gewässer, Grünflächen in der Stadt:
All

496 diese Ökosysteme können einen Beitrag zum natürlichen Klimaschutz leisten. Sie können
497 Kohlenstoff aus der Atmosphäre binden und langfristig speichern. Gleichzeitig sind sie
498 wertvoller Lebensraum für bedrohte Arten und damit essentielle Voraussetzung im Kampf gegen

499 das Artenaussterben. Außerdem leistet der natürliche Klimaschutz einen wichtigen Beitrag zur
500 Klimavorsorge, denn gesunde Böden regulieren den Wasserhaushalt. Intakte Auen halten das
501 Wasser zurück und tragen so zum Hochwasserschutz bei. Je besser der Zustand von
Ökosystemen

502 ist, desto widerstandsfähiger sind sie gegenüber Extremwetterereignissen wie Trockenheit
503 oder Starkregen – und desto mehr können sie zu unserem Schutz beitragen.

504 Das Zusammenwirken all dieser Aspekte zeigt sich im Negativen exemplarisch an der aktuellen
505 Umweltkatastrophe an der Oder mit massenhaftem Fisch-, Schnecken- und Muschelsterben und
der

506 Schädigung des einzigen Flussauen-Nationalparks in Deutschland. Ausgelöst wurde sie durch
507 hohe Salzeinleitungen, die zusammen mit Stauhaltungen, Niedrigwasser und sehr hohen
508 Wassertemperaturen zu einer toxischen Algenblüte führten. Jetzt gilt es mehr denn je, die
509 Oder zusammen mit Polen und Tschechien als naturnahen Fluss zu erhalten und ihn resilient
510 gegen die Klimakrise zu machen. Der – auch ökonomisch unsinnige – Oderausbau muss gestoppt

511 werden.

512 Daher setzen wir uns dafür ein auch rechtliche Schritte einzuleiten, um diese auf deutscher
513 Seite nicht auszubauen und die Wasserrahmenrichtlinie umzusetzen. Das deutsch-polnische
514 Abkommen zur Oder von 2015 muss neu verhandelt und zurückgeführt werden auf naturnahen
515 Hochwasserschutz – im Einklang mit dem EU-Umweltrecht. Der Einsatz der Fördermittel durch
516 die EU, die Weltbank und den Europarat muss überprüft und ggf. zurückgefordert werden.

517 Schwerpunkte im Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz sind eine Renaturierungsoffensive
518 für Flüsse, Auen, Wälder und Seegraswiesen sowie der nationale Moorschutz. Wir wollen so
519 viele Moorböden wie möglich schnell und umfassend wiedervernässen – und ein Ende der
520 Torfnutzung. Landwirtschaftliche Betriebe werden wir bei Maßnahmen zur Wiedervernässung
und

521 bei der Einführung angepasster Bewirtschaftungsweisen unterstützen.

522 Ein naturnaher Wasserhaushalt mit lebendigen Flüssen, Seen und Auen ist ein zentrales Ziel
523 für den natürlichen Klimaschutz. Mit der Wiederherstellung dieser Ökosysteme soll im Sinne
524 der Vorsorge Wasser wieder stärker in der Landschaft gehalten und die schnelle Entwässerung
525 großer Flächen reduziert werden. Um einen naturnahen Wasserhaushalt zu erreichen, wollen wir

526 mit der Bundesregierung noch in diesem Jahr eine rahmengebende Nationale Wasserstrategie
527 beschließen.

528 Auch Meeres- und Küstenökosysteme sind ein wichtiger Baustein des natürlichen Klimaschutzes.

529 Denn die Weltmeere leiden nicht nur immens unter den Auswirkungen der Klimakrise. Gesunde
530 Meere liefern gleichzeitig Sauerstoff, sie regulieren das Klima und sind ein wichtiger CO₂-
531 Speicher. Wir werden eine verbindliche Meeresstrategie erarbeiten und ein Aufbauprogramm für

532 Seegraswiesen, Algenwälder, Salzwiesen und weitere marine sowie Küsten-Ökosysteme zur
533 Verbesserung der natürlichen CO₂-Speicherfähigkeit entwickeln. Eine Anrechnung von CO₂-
534 Speicherpotenzialen durch natürliche Kohlenstoffsinken auf die Minderungsziele lehnen wir
535 ab. Der Schutz und die Wiederherstellung von Ökosystemen als CO₂-Senken sind zusätzliche

und

536 eigenständige Ziele im Klimaschutzgesetz. Mit natürlichem Klimaschutz stärken wir natürliche
537 Kohlenstoffsinken und bekämpfen zugleich die Biodiversitätskrise und das Artenaussterben.

538 Wir erarbeiten eine Langfriststrategie zum Umgang mit unvermeidbaren Restemissionen, für
539 nachhaltige Negativemissionen und klimaneutrale Kohlenstoffkreisläufe. Dazu unterstützen wir
540 die Erforschung natürlicher und Entwicklung technischer Prozesse.

541 Gemeinsam mit unseren internationalen Partner*innen wollen wir die Verhandlungen bei der
542 Weltnaturschutzkonferenz in Montreal im Dezember endlich erfolgreich abschließen. Es braucht
543 einen neuen internationalen Rahmen zum Schutz unserer Natur und mehr finanzielle
544 Unterstützung der Industrienationen für die Umsetzung im globalen Süden. Wir wollen
545 international vorangehen und werden, wie im Koalitionsvertrag festgeschrieben, eine
546 erhebliche Erhöhung der internationalen Biodiversitätsfinanzierung noch in diesem Jahr
547 verkünden.

548 **Mehr ökologische Landnutzung**

549 Die Waldbrandgefahr vervielfacht sich im Zuge der Klimakrise durch anhaltende Trockenheit
550 und verödete Forstlandschaften. Deshalb brauchen wir wieder mehr echte Wälder: als
551 Wasserspeicher, Luftfilter, Bodenschützer und als wichtige Verbündete beim Klimaschutz. Wir
552 brauchen eine klimaresiliente vielfältige Landwirtschaft, um auch in Krisenzeiten gute,
553 gesunde und regionale Lebensmittel unter fairen Bedingungen für alle erzeugen zu können.
554 Fair für das Klima, fair für Umwelt und Tiere, fair für die Verbraucher*innen – und fair für
555 die Landwirt*innen. Denn eine nachhaltige Lebensmittelerzeugung braucht Bäuerinnen und
556 Bauern.

557 Angesichts von immer häufigeren Dürren und Unwettern, Insektensterben und Artenverlust in
558 der Agrarlandschaft sowie dem Höfesterben ist eine Agrarwende hin zu einer ökologischeren,
559 tierfreundlichen und klimarobusten Landwirtschaft mit fairem Einkommen für die
560 Landwirt*innen entscheidend. Gerade in diesem Jahr zeigt sich, dass schon jetzt viele
561 Anbauregionen bei uns und in ganz Europa mit Trockenheit und Dürren zu kämpfen haben. Und
562 es

562 werden in den kommenden Jahren wohl immer mehr. Umso wichtiger, dass der Boden gesund
ist –
563 mit genügend Humus, um ausreichend Wasser zu speichern. Die ökologische Bewirtschaftung
564 bietet die Chance, den Schutz der Biodiversität und des Klimas mit der Lebensmittelerzeugung
565 gut zu verknüpfen.

566 Wir wollen den Anteil des Ökolandbaus bis 2030 auf mindestens 30 Prozent der Fläche erhöhen.
567 Die Bundesregierung wird dazu eine Strategie auflegen, die Forschung, Betriebe und Absatz
568 gleichermaßen fördert. Außerdem werden wir zusammen mit den Landwirt*innen eine
nachhaltige,
569 nasse Landwirtschaft für genutzte Moorböden entwickeln. Dazu fördert das
570 Landwirtschaftsministerium beispielsweise extensive Weidewirtschaft und Paludikulturen –
571 auch in Kombination mit erneuerbaren Energien.

572 Agroforstsysteme, Agri-PV-Systeme, Mischkulturen, weite Fruchtfolgen mit Zwischenfrüchten,
573 die Einarbeitung von Pflanzenresten und eine ganzjährige Bodenbedeckung machen den
Ackerbau

574 sowohl klimafreundlicher als auch robuster. Gleichzeitig können sie zu einem guten Einkommen

575 für die Landwirt*innen beitragen. Die europäischen Agrarzahlungen sollen dazu auf die
576 Honorierung dieser ganzheitlichen gesellschaftlichen Leistungen ausgerichtet werden.

577 Eine weitere zentrale Aufgabe für die nächsten Jahre ist der Umbau der landwirtschaftlichen
578 Tierhaltung hin zu klima-, umwelt- und tiergerechten Haltungsformen. Um Landwirt*innen auf
579 diesem Weg zu unterstützen, braucht es ein Paket aus verpflichtender
580 Tierhaltungskennzeichnung, angepasstem Bau- und Genehmigungsrecht, klaren Regeln sowie
581 tragfähiger Förderung. Entsprechende Gesetzesentwürfe des Landwirtschaftsministeriums
liegen

582 vor. Wenn wir landwirtschaftlichen Betrieben eine echte Perspektive geben wollen, müssen wir
583 sie bei den Mehrkosten, die durch höhere Tierschutzstandards entstehen, unterstützen. Die
584 Haltungsbedingungen aller Nutztiere wollen wir im Hinblick auf die Stallgröße verbessern
585 und den Zugang zu Außenluft und Außenflächen gewährleisten. Ein Ende der damit nicht
586 kompatiblen Haltungsformen für Deutschland und Europa streben wir an. Um Klima- und
587 Umweltziele zu erreichen, müssen wir die Tierzahlen in Deutschland senken und sie stärker an
588 die verfügbare Fläche für die Futtermittelproduktion binden, denn Futter von den eigenen
589 Feldern ist klimafreundlich und Weidehaltung sorgt für besseren Tierschutz. Den durch die
590 Landwirtschaft maßgeblich mitverursachten Ausstoß von Methan und Lachgas, der einen
großen

591 Anteil zur Erderhitzung beiträgt, wollen wir deutlich verringern. Die Fleisch- und
592 Milchproduktion gehört weltweit zu den Industrien mit den höchsten Treibhausgasemissionen
593 und die kontinuierliche Ausweitung der für die Futtermittelproduktion benötigten Flächen
594 trägt maßgeblich zum Artensterben bei.

595 Eine zukunftsfeste Tierhaltung muss daher standortangepasst und unabhängig von Regenwald-
596 Soja sein. Mit der Eiweißstrategie unterstützen wir diese Umstellung. Industrielle
597 Massentierhaltung ist mit einer klimagerechten Zukunft nicht vereinbar.

598 Wir wollen vegetarische und vegane Ernährung attraktiver und zugänglich für alle Menschen
599 machen. Ein Mittel hierzu ist die Bereitstellung transparenterer Informationen über die
600 externen Kosten von Fleisch und anderen tierischen Produkten, sowie die Förderung von
601 pflanzlichen Ersatzprodukten, beispielsweise durch die Belegung mit dem ermäßigten
602 Umsatzsteuersatz, und der Entwicklung künstlich erzeugter tierischer Produkte.

603 **Klimagerechtigkeit in Europa und weltweit**

604 Viele Inseln im Pazifik drohen, durch die Klimakrise unterzugehen. Pakistan erlebte diesen
605 Sommer durch extreme Regenmassen Fluten, die tausende Menschenleben gefordert und
insgesamt

606 über 33 Millionen Menschen betroffen haben. Gleichzeitig verursacht die Dürre in Ostafrika
607 Hunger und verschärft Armut. Frauen, marginalisierte Gruppen und Menschen, die in Armut
608 leben, sind besonders von den Folgen wie Luftverschmutzung, mangelndem Zugang zu
Trinkwasser

609 und dem Schwinden von landwirtschaftlichem Boden betroffen. Die Länder, die am wenigsten
zur

610 Klimakrise beigetragen haben, leiden am meisten unter deren Folgen. Die Erderhitzung
611 einzudämmen, ist daher nicht nur eine ökologische, sondern auch eine Gerechtigkeitsfrage.

612 Frauen sind weltweit am stärksten von den Folgen der Klimakrise betroffen, obwohl sie
613 durchschnittlich für weniger Treibhausgasemissionen verantwortlich sind. Gleichzeitig sind

614 sie an Entscheidungen zur Bekämpfung der Klimakrise seltener beteiligt, werden häufig von
615 Maßnahmen stärker belastet und von Kompensationen geringer entlastet. So führt die
616 Klimakrise dazu, dass die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern weiter zunimmt. Um dem
617 entschieden gegenzutreten, ist es unerlässlich, Klimaschutz geschlechtergerecht zu gestalten
618 und durch die Beteiligung von Frauen ihr Wissen und Know-How in entscheidende
619 Transformationsprozesse einzubeziehen. Unser Ziel ist deshalb, die Geschlechterperspektive
620 stärker in klimapolitischen Vorhaben und Programmen zu verankern. Dafür soll in allen mit
621 Klimapolitik befassten Ministerien und Gremien die notwendige Genderperspektive aufgebaut
622 und der im Koalitionsvertrag vereinbarte Gleichstellungs-Check für alle Gesetze und
623 Maßnahmen umgesetzt werden. Das reicht von Grundsätzen zur Gestaltung der konkreten
624 Klimapolitik bis hin zur Einhaltung menschenrechtlicher Verpflichtungen.

625 Das Fortschreiten der Klimakrise ist eine Gefahr für unsere Sicherheit und Freiheit. Durch
626 die Klimaaußenpolitik muss es uns mit diplomatischen Mitteln gelingen, die globale
627 Energiewende, nachhaltige Entwicklung und den Schutz unserer Biodiversität EU-weit und
628 international voranzutreiben. Mit der Entwicklungspolitik unterstützen wir unsere
629 Partner*innen weltweit beim langfristigen Umbau ganzer Sektoren und verfolgen eine
630 transformative, globale Strukturpolitik; damit richten wir nationale und internationale
631 Institutionen auf die Pariser Klimaziele und die Ziele für nachhaltige Entwicklung der
632 Agenda 2030 (SDGs) aus.

633 Deutschland und Europa müssen stärker mit gutem Beispiel vorangehen und klimagerechten
634 Wohlstand umsetzen. Konkret bedeutet das, dass die politischen Entscheidungen daran
gemessen
635 werden müssen, ob ihre Folgen mit der Einhaltung der planetaren Grenzen und den
636 Nachhaltigkeitszielen vereinbar sind.

637 Mit dem Europäischen Green Deal wurde die Tür aufgestoßen, um die EU zum ersten
638 klimaneutralen Wirtschaftsraum der Welt zu machen. Die ambitionierte und schnelle Umsetzung

639 des sogenannten „Fit For 55“-Pakets ist essentiell sowohl für den Klimaschutz als auch für
640 die Modernisierung der Europäische Union. Auch die europäische Agrar- und Handelspolitik
641 muss hierauf ausgerichtet werden. Zudem bedarf es eines ambitionierten Plans, die
642 europäische Industrie sozial und nachhaltig in die Zukunft zu führen. Die Einstufung in der
643 EU-Taxonomie von Atomkraft und Gas als nachhaltig lehnen wir ab.

644 Nur mit einer ambitionierten Klimapolitik kann die Europäische Union eine Führungsrolle
645 übernehmen und eine notwendige Bewegung in die Internationalen Klimaverhandlungen
bringen.

646 Die europäischen Klimaziele müssen daher jetzt an das erhöhte Ambitionsniveau und in
647 Richtung 1,5 Grad-Pfad angepasst werden. Wir unterstützen alle weiteren Maßnahmen, die dazu

648 beitragen, diesen Prozess zu beschleunigen und damit die Klimaziele für Europa zu erreichen.

649 Wir wollen gemeinsam mit der EU-Kommission den natürlichen Klimaschutz und Maßnahmen
zur

650 Klimavorsorge europaweit und weltweit voranbringen. Wir unterstützen die Verordnung zur
651 Wiederherstellung der Natur als zentrales Element zur Umsetzung der europäischen
652 Biodiversitätsstrategie. Rechtsverbindliche Ziele zur Renaturierung von Meeren, Flüssen und

653 Wäldern, von Ökosystemen in der Stadt und in der Agrarlandschaft sowie zum Schutz von
654 Bestäubern sind ein Aufbruch für den Natur- und Klimaschutz in der EU.

655 Die Industriestaaten haben am meisten von der Ausbeutung der globalen Ressourcen profitiert
656 und tun dies auch weiterhin. Sie müssen deshalb ein verlässlicher Motor und Vorreiter im
657 Kampf gegen die Klimakrise weltweit sein. Im Rahmen der G7-Präsidentschaft hat Deutschland
658 erste Klima- und Entwicklungspartnerschaften etabliert, die wir mit weiteren Partnerländern
659 schnell ausbauen und vorantreiben möchten. Hierbei ist es essentiell, dass diese
660 Partnerschaften auf Augenhöhe stattfinden.

661 In wenigen Wochen wird die UN-Klimakonferenz COP 27 in Ägypten die massiven weltweiten
662 Auswirkungen der Klimakrise beleuchten und um Maßnahmen zu deren Bekämpfung ringen. Es
663 geht

663 dabei um ein ambitioniertes Arbeitsprogramm, mit dem bis 2030 global ein mit dem 1,5-Grad-
664 Ziel kompatibler Entwicklungspfad erreicht wird. An diesem Programm müssen auch die
665 nationalen Klimaziele ausgerichtet sein. Wir erwarten eine Beschleunigung der weltweiten
666 Energiewende sowie einen regelmäßigen politischen Austausch über die Umsetzung der
667 Maßnahmen, über Initiativen und die Erreichung der sektoralen Ziele als Ergebnis der
668 Konferenz. Die nächste COP darf keine "fossile COP" werden.

669 Ägypten gehört zu den repressivsten Staaten im Nahen und Mittleren Osten sowie in
670 Nordafrika. Zur Förderung von Klimaschutz braucht es eine starke, politisch aktive und vom
671 Staat unabhängig agierende Zivilgesellschaft. Es ist deshalb unabdingbar, dass Ägypten als
672 Ausrichter der COP den eigenen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen sowie der Presse
673 dauerhaft die Freiheit gibt, auf Defizite im Klimaschutz aufmerksam machen zu können.
674 Ansonsten droht die COP zum Greenwashing der Staatsführung zu werden – und zu einem
675 Instrument, um von der katastrophalen Menschenrechtsbilanz einschließlich der tausenden
676 politischen Gefangenen abzulenken.

677 Im Rahmen der internationalen Klimapolitik muss Deutschland ein ambitioniertes,
678 solidarisches und verlässliches Partnerland sein und seiner Verantwortung für den eigenen,
679 für den globalen Klimaschutz und für die Anpassung an die Klimakrise gerecht werden. Dabei
680 werden wir klimapolitische Maßnahmen im Sinne des postkolonialen Ansatzes gemeinsam mit
681 unseren Partner*innen entwickeln, eng mit multilateralen Partner*innen abstimmen und bei der
682 Umsetzung die Länderrechte der indigenen Bevölkerung stets achten. Das ist auch unser
683 Anspruch für das Auftreten Deutschlands bei der diesjährigen COP 27 in Ägypten.

684 Die Folgen der Klimakrise schlagen in den ärmsten Staaten der Welt ganz besonders dramatisch
685 zu. Wir müssen deshalb die Klimaanpassung beschleunigen. Darum braucht es bei Schäden und

686 Verlusten jetzt deutlich stärkere und verbindliche Unterstützung durch die Industrieländer.
687 Dazu haben sich die G7 Ende Mai 2022 erstmals bekannt. Ein richtiger Schritt voran, dem aber
688 noch viele folgen müssen.

689 Deutschland muss gerade angesichts der multiplen Krisen, die die Umsetzung von
690 Klimaprojekten in vielen Weltregionen gefährden, seinen Beitrag zur kollektiven
691 Verdopplungszusage der Anpassungsfinanzierung leisten. Ergänzend wollen wir die
692 Rahmenbedingungen für privates Kapital verbessern, wenn dieses in echten Klimaschutz und
693 konsequente Klimaanpassung investiert wird.

694 Mit Programmen der Entwicklungspolitik wie auch der Internationalen Klimaschutzinitiative
695 der Bundesregierung leisten wir ganz konkrete Unterstützung für mehr Klimaschutz und
696 Klimaanpassung. Gemeinsam wollen wir als G7 vorangehen, um aus der Kohle auszusteigen
und
697 die Emissionen im Energiesektor, im Verkehr und der Industrie so schnell wie möglich zu
698 reduzieren. Es geht darum, gemeinsam eine Welle höherer Klimaambitionen zu erzeugen und
699 andere Staaten mitzunehmen. Gleichzeitig brauchen wir einen Schub für mehr
700 Klimagerechtigkeit und klare Fortschritte bei der Klimafinanzierung sowie ein Umlenken
701 globaler Finanzströme im Einklang mit den Zielen des Pariser Abkommens.

702 Die Existenzen jener Menschen, die am stärksten von Extremwetterereignissen sowie den
703 Langzeitfolgen der Klimakrise betroffen sind, müssen bei Maßnahmen wie beispielsweise der
704 Schaffung und Einsetzung eines Fonds (etwa einer "Loss and Damage Finance Facility") oder
705 neuer Finanzierungsfenster für klimabedingten Verluste und Schäden im Mittelpunkt stehen.
706 Diese muss mit ausreichenden und einfach zugänglichen Finanzen für Regionen ausgestattet
707 werden, die von den extremen Folgen der Klimakrise betroffen sind.

708 Als zusätzliches Angebot soll der geplante Schutzschirm gegen Klimarisiken ("Global Climate
709 Risk Shield") zur bestmöglichen finanziellen Absicherung von Klimakrisen aufgebaut werden,
710 um mit Versicherungen und weiteren Instrumenten für soziale Sicherung die betroffenen Länder
711 dabei zu unterstützen, Widerstandsfähigkeit gegen Klimaschäden aufzubauen. Dieses
Instrument
712 ersetzt jedoch nicht die finanzielle Unterstützung, welche die Menschen im Globalen Süden im
713 Katastrophenfall so dringend benötigen, um die ökonomischen sowie nicht-ökonomischen
Folgen
714 der Klimakrise zu adressieren.

715 Die Auswirkungen der Klimakrise führen zu einem Verlust von Existenzen und Wohlstand. Viele
716 Länder, die jetzt schon besonders von der Klimakrise betroffen sind, wurden gleichzeitig
717 auch durch die Auswirkungen anderer Krisen - wie beispielsweise der Covid-19 Pandemie oder
718 den globalen Auswirkungen des Angriffskrieges auf die Ukraine - hart getroffen. Wir wollen
719 die Möglichkeit eines Schuldenerlasses für diese Länder prüfen. Mit diesem können sie frei
720 gewordene Finanzen für den Aufbau von Klimaresilienz sowie einer klimagerechten
721 Infrastruktur nutzen.

722 Klimagerechtigkeit heißt aktuell vor allem, alles daran zu setzen, die große Maßnahmenlücke
723 zwischen Klimazielen und politischem Handeln auf internationaler Ebene zu schließen. Leider
724 immer noch unerfüllt sind die 2015 in Paris versprochene globale Bereitstellung der 100
725 Milliarden US-Dollar für internationale Klimaschutz- und Klimaanpassungsfinanzierung.
726 Deutschland muss hier seiner Verantwortung gerecht werden und mehr Mittel für die
727 Klimafinanzierung in Ländern des globalen Südens bereitstellen. Das bedeutet auch, die
728 Länder des globalen Südens in den Bereichen Energiesicherheit, Klimaanpassung,
729 Verkehrspolitik, Landwirtschaft und nachhaltiger Wirtschaft zu unterstützen. Zur UN-
730 Klimakonferenz COP 27 im November muss die Bundesregierung dazu eine verlässliche Zusage
731 leisten.

732 Durch den russischen Angriffskrieg ist weltweit eine neue Dynamik entstanden, denn auch dem
733 Letzten ist nun der Zusammenhang zwischen Klima, Energie, Sicherheit, Ernährung, Freiheit
734 und Frieden klargeworden. Viele Staaten setzen auf den Ausbau von erneuerbaren Energien.

735 Aber es gibt auch Kräfte, die den Moment des Krieges nutzen, um unter dem Vorwand der
736 Energiesicherheit Öl, Gas und fossile Infrastrukturen dauerhaft zu festigen und auszubauen.
737 Umso wichtiger ist es, dass wir alle Kanäle nutzen, um die Weichen für mehr Klimaschutz und
738 für mehr Tempo bei der globalen Energiewende zu stellen. Die Verbrechen an der
739 Menschlichkeit durch das russische Regime dürfen nicht als Deckmantel für neue langfristige
740 fossile Abhängigkeiten dienen. Denn das würde nicht nur dem Aggressor in die Hände spielen,
741 sondern auch die internationalen Klimaschutzmaßnahmen ad absurdum führen. Die einfache
742 Logik, dass im Zweifel fossile Energieträger eine sichere Versorgung bereitstellen, ist
743 widerlegt. Die neue Rolle der erneuerbaren Energien als Garanten für eine starke
744 Selbstversorgung, Sicherheit und Freiheit gilt es, international zu festigen und die
745 Hinwendung zu klimaneutraler Versorgung in anderen Ländern durch strukturelle, finanzielle
746 und technische Unterstützungsangebote zu stärken.